

2. Wandel durch Aufklärung

2.1 Umbruch und industrielle Revolution

Die Demokratie ist die politische Gesellschaftsform der Moderne. Obwohl sie schon in der Antike entwickelt wurde, hatte sie erst nach einem epochalen Umbruch zum Ausgang des Mittelalters eine Chance auf Wiederentdeckung. Damals wie heute stand die Welt in einer Phase tief greifender Veränderungen. Sie wurden ausgelöst durch neue Naturwissenschaften, die eine technische Revolution ermöglichten. Mit dem Buchdruck war schon damals eine neue Informations- und Kommunikationstechnologie Ausgangspunkt für einen Übergang der technischen Revolution in die soziale und politische Welt.¹

So waren es nicht die gewaltigen naturwissenschaftlichen Erkenntnisse allein, die die neue Entwicklung zur Industriegesellschaft ermöglichten. Obwohl sie die damalige Wirtschaftswelt schrittweise zu revolutionieren begannen, bedurfte es der Gedanken der Aufklärung, um an die antike Demokratie anzuknüpfen und auf ihrer Grundlage zu einer neuen Staatsform, der Republik, zu kommen. Mit ihr wurden schrittweise Feudalherrschaft und Monarchie abgelöst. Aufklärung und neue Wissenschaften führten zu einer Revolution des Denkens, mit der letztlich die alte, bestehende Ordnung zerstört wurde.

Die Mächtigen in dieser alten Ordnung hatten sich in ihrer Herrschaft eingerichtet und wehrten sich gegen neues Denken und damit auch gegen eine neue Ordnung. Deshalb wurden gegen die unwiderlegbaren Erkenntnisse Ideologien ins Feld geführt, die mit Gewalt und Terror in Form von Folter und Verbrennungen das alte Denken verteidigten. Die alte Ordnung sollte eben „alternativlos“ sein – wie die derzeitige Ordnung auch. Aber letztlich konnten auch die Mächtigen der damaligen Zeit den Lauf der Welt nicht aufhalten.

Die Umgestaltung der Welt hat sich, ausgehend von der Wissenschaft, über Wirtschaft und Technologie schließlich auch in allen politischen, sozialen und kulturellen Bereichen durchgesetzt. Dazu hat wesentlich auch die neue Informationstechnologie (Buchdruck) beigetragen. Mit ihr waren die Auswirkungen der Naturwissenschaften im Zusammenspiel mit dem Buchdruck als neuer Informations-

1 Zum Verhältnis von technischen Errungenschaften und wirtschaftlichen sowie kulturellen Veränderungen haben Cipolla/Borchardt umfangreich ausgeführt in Cipolla Bd. 2. S. 113 ff

und Kommunikationstechnologie nicht aufzuhalten. Sie verbreiteten sich für damalige Verhältnisse überaus schnell, wenn auch noch im Gewand der alten feudalen Gesellschaft.

Meilensteine für das neue Denken waren die Entwicklung der Perspektive und damit die Erschließung der dritten Dimension. Sie haben die cartesianische Naturwissenschaft und mit ihr die Methode des analytischen Denkens ermöglicht. Mit diesem Denken entwickelte sich der Glaube, man könne die Welt in ihre materiellen Bausteine zerlegen und beliebig wieder verbinden. Damit verbunden ist der Gedanke, dass der menschliche Wille sich die Natur vollständig unterordnen könne.

Mit der Entdeckung und Entwicklung der Perspektive traten wissenschaftliche Erkenntnisse aus dem engen Korridor einer religiös verengten Welt heraus. Vor allem auch die Entwicklung der cartesianischen Naturwissenschaften war ein fundamentaler Einbruch in das damalige Denken. Auch hier zeigen sich Parallelen zur Gegenwart. Denn die globalen Wirkungen neuer Technologien treten aus den Restriktionen politischer Bürokratien mit ihren Planungs- und Regulierungsvorstellungen heraus. Sie lassen sich nicht mehr begrenzen, weil sie global sind.

Deshalb ist es nur zu natürlich, dass das aus der neuen Naturwissenschaft wachsende technologische Handlungspotential zur Grundlage der Industriegesellschaft wurde. Da die Möglichkeiten der Umgestaltung der Welt durch Techniken unbegrenzt schienen, war der Glaube an die „Machbarkeit der Welt“ mittels der neuen Naturwissenschaft nur eine Folge, die schnell auch zur Gläubigkeit wurde. Nicht mehr Gott und Kirche, sondern der Mensch als Individuum wurde zum Zentrum der Welt. Dies und der Glaube an die Machbarkeit der Welt mit den Mitteln von Wissenschaft und Technik hat unsere Welt bis zum heutigen Zeitpunkt geprägt.

Ein Wesensmerkmal der neuen Wirtschaftsform war die bewusste Gestaltung wirtschaftlicher Abläufe mit der Anwendung des analytischen Prinzips. Als Arbeitsteilung, und somit als Zergliederung von Prozessabläufen aller Art, fand sie in wirtschaftlichen Organisationen und dann folgend auch in der staatlichen Administration Eingang. Analytik und Arbeitsteilung wurden zum unverwechselbaren Merkmal der neuen Zeit.

Die Leistung von Philosophen wie A. Smith bestand darin, die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit dieses Prinzips erkannt und beschrieben zu haben. A. Smith machte die Vorteile dieses Prinzips mit seinem Stecknadelbeispiel anschaulich. Das analytische Prinzip der Arbeitsteilung in der Wirtschaft verband sich mit dem Anspruch der wissenschaftlich-technischen Machbarkeit der Welt. Beide Prinzipien machten die Industriegesellschaft möglich und sie haben das Wesen der Industriegesellschaft ausgemacht.

Die schnelle Verbreitung der wissenschaftlichen Neuerungen erfolgte mit Hilfe des Buchdrucks. Er revolutionierte die Aufbewahrung, die Verbreitung und Ver-

allgemeinerung des Wissens. Die Verbreitung des Wissens war nicht auf Techniken beschränkt, sondern sie bezog sich auch auf neue politische Ideen. So wie sich heute der Übergang von der Industriegesellschaft in eine global vernetzte Welt mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechnologie vollzieht, entwickelte sich auch der Übergang von der Agrar- in die Industriegesellschaft mit Hilfe des Buchdruckes.

Wissen wurde durch das Medium Buch weiter getragen und an unterschiedlichen Standorten und in unterschiedlichen Anwendungsbereichen genutzt. Damit übersprang Wissen nicht nur geographische, sondern auch fachliche und ständische Grenzen. Neue Erkenntnisse und industrielle Lösungen konnten nun unabhängig von den Personen und ihren individuellen Aufzeichnungen und Erfahrungen verbreitet werden. Das Wissen emanzipierte sich von einzelnen Menschen als Wissensträger. Die Verbreitung von Wissen bedurfte weder reisender Wissenschaftler noch wandernder Handwerker. Das Wissen war in Büchern gebunden, sie waren objektiver als die mündliche Überlieferung, sie waren schneller und sie hatten ein größeres Verbreitungsgebiet. So stand damals wie heute die Kommunikationsindustrie im Zentrum des Fortschritts.

Aus heutiger Sicht mag diese Zeit als langsam und gemächlich angesehen werden. Damals war es eine Revolution auch hinsichtlich der Beschleunigung der wirtschaftlich-technischen Entwicklung. Der Fortschritt blieb nicht auf den Buchdruck beschränkt, sondern er breitete sich in andere Wirtschaftsbereiche aus und er war insofern auch umfassend. Zudem wirkte er sich auf Kultur, das soziale Leben und die Politik aus. So wichtig die neue Naturwissenschaft auch war, allein aus ihr ist die Dynamik der Industrie nicht zu erklären. Sie brauchte eine Informationstechnologie, den Buchdruck, um sich schnell zu verbreiten und vor allem um Erkenntnisse und Wissen über regionale Grenzen und fachspezifische Anwendungen zu tragen. Und sie brauchte die Aufklärung, um eine Grundlage für neue politische Formen zu schaffen.

So wirkten Wissenschaft, Informationstechnologien und die Anwendung neuer Techniken und Organisationsformen zusammen. Die mündliche Übertragung des Wissens wurde ergänzt durch wissenschaftliche Literatur, zu der relativ bald schon Illustrationen in Form von technischen Bebilderungen, Darstellungen von technischen Abläufen usw. traten. Wissen und die Weitergabe von Wissen spielten für den gesamten Prozess der gesellschaftlichen Modernisierung eine zentrale Rolle und mit jedem Entwicklungsschritt der Industriegesellschaft wurde das von Personen unabhängige Wissen immer wichtiger.

Ähnlich den heutigen Entwicklungen trug schon damals der Buchdruck auch indirekt zum technischen Fortschritt bei. Durch den Buchdruck gab es Impulse für die Papierherstellung. Die neuen Lettern wirkten sich auf die Kunst des Druckgusses aus. Der Buchdruck war - wie die moderne Kommunikationstechnologie - eine

Querschnittstechnologie. Sie hatte nicht nur viele Folgeeffekte, sondern sie trug den Fortschritt quer über viele Wirtschaftsbereiche.

Die Übertragung von Wissen zwischen Regionen, über Zeiträume und vor allem über einzelne Gewerke und Wissenschaftsbereiche hinweg löste förmlich eine Flut neuer technischer Entwicklungen aus. Es entstanden Manufakturen, die zur frühen Industrie führten. Sie verbreiteten sich sehr schnell in Europa und lösten in vielen Bereichen traditionelle handwerkliche Produktion ab. Der Schritt von der Manufaktur in die Industrialisierung war dann nur noch klein. Es bedurfte neuer Antriebsformen, die mit der Dampfkraft zur Verfügung standen und der organisierten Lenkung von Industriekapital, um Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Revolution zu schaffen.²

Die wirtschaftliche Revolution aber vollzog sich weder automatisch, noch hatte sie rein naturwissenschaftliche und technische Antriebskräfte. Sie wurde vom Bürgertum angetrieben, das es in dieser Form in der alten Agrar- und Feudalgesellschaft noch gar nicht gegeben hatte. Es hatte zwar Geldgeber und Handelsherren gegeben, aber die Produktion war Aufgabe des Handwerks. So war der damalige Umschwung ganzheitlich und dem gegenwärtigen Wandel in der Dimension vergleichbar. Eine Gesellschaft, die nicht mehr allein oder vorwiegend auf der Agrarwirtschaft aufbaut, sondern auf Industrie und Handel, muss ihre politischen und moralischen Prinzipien völlig neu definieren. Dies tat das Bürgertum auf der Basis der Ideen und Konzepte der Aufklärung.

Gegen diese Umwälzung kämpften die alten Eliten. Die alte Führungsschicht bestand aus adligen (feudalen) Landbesitzern. Diese legitimierten ihre wirtschaftliche und politische Vorrangstellung mit Hilfe der Kirche. Heute würden wir sagen, dass die Kirche die Ideologie dieser Herrschaftsform lieferte. Dieses Zusammenspiel von Macht und Herrschaft auf der Grundlage einer materiellen Basis und einer dazu passenden Ideologie macht auch den Widerstand erklärlich, der gegen eine ‚neue Sicht der Dinge‘ stand. Es war keine Kurzsichtigkeit, die diese Herrschaft veranlasste, die Träger neuen Wissens auf den Scheiterhaufen zu bringen. Um die eigene Macht und Herrschaft zu legitimieren und damit zu sichern, musste man auf altem Denken und einer alten Ordnung beharren. Dies ist auch heute der eigentliche Konflikt. Der Unterschied ist, dass die neuen Scheiterhaufen zumeist (oder noch) medialer Natur sind. Sie heißen Manipulation, Verhinderung freier öffentlicher Räume, Diskreditierung und political correctness.

Mit der Industrialisierung entwickelte sich das Bürgertum zur neuen wirtschaftlichen Führungsschicht. Die Bürger entwickelten ihre eigenen Wert- und Moralvorstellungen. Dies und die wirtschaftliche Führungsrolle führten auch zu politischen Geltungsansprüchen. Sie bestanden letztlich in einer Neuorganisation des Gemeinwesens und damit der politischen Macht. Die Gedanken der Aufklärung

2 Zur industriellen Revolution s. auch Otten, Bd 2, S. 221 ff

wurden so nicht nur zur Grundlage der Moderne, sondern auch zur politischen Waffe gegen Klerus und Adel.

Damit stand eine neue Form der Organisation politischer Macht im Zentrum neuer politischer Ideen. Da die Bürger nicht durch Geburt bevorzugt waren, sondern durch ihre wirtschaftliche Stellung, ist es auch folgerichtig, wenn sie für sich Gleichberechtigung einforderten und für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten freiheitliche (liberale) Spielräume. Wer seine Macht weder durch höheres Recht (Rückgriff auf göttliche Ordnung), noch auf die Sonderstellung durch Geburt legitimieren kann, muss andere Gründe zur Legitimation seines politischen Führungsanspruches haben. Die konnten aus der Aufklärung entwickelt werden.

Um den Adel als wirtschaftliche Führungsschicht abzulösen, bedurfte es also einer Ideologie oder einer politischen – damals philosophischen – Begründung. Es entstanden die Ideen des Liberalismus und des modernen Staates, der als Nationalstaat gedacht war. Dieser Liberalismus hatte zwei wesentliche Eckpfeiler. Zum einen war es die Idee des autonomen Individuums. Gemeint war der Bürger als Wirtschaftsbürger und als politischer Mensch, der sich in seinen Entscheidungen weder vom Adel noch von der mit dem Adel verbundenen Kirche lenken und kunojieren lassen wollte.

Der zweite Eckpfeiler bezog sich auf die Organisation der Macht im Staat. Nicht mehr der von Gott eingesetzte König, sondern der demokratisch gewählte Vertreter sollte herrschen. Beide Aspekte waren gegen die Macht von Adel und Klerus gerichtet. Die gleiche Konstellation haben wir mit der Forderung nach Basisdemokratie und kooperativen und partizipativen Formen im Staat. Sie sind letztlich gegen die Dominanz der Parteien gerichtet und sie stellen somit auch die Machtfrage.

Wer Reformen im Staat will, muss viele Hindernisse überwinden. Im ptolemäischen Weltbild war die Welt hierarchisch geordnet, angefangen bei Gott, über Engel und Menschen, dann Tiere, bis hin zur unbelebten Natur. Die Ordnung unter den Menschen war hierarchisch und durch Stände, Abstammung und Landbesitz vorgegeben. Jeder hatte seinen festen Platz in dieser Ordnung, die auf Gott bezogen und durch die Kirche, den Klerus, vermittelt war. Wer eine neue Ordnung schaffen wollte, musste aus der alten Ordnung ausbrechen, sie letztlich zerstören. Auch diese Frage stellt sich heute vergleichbar. Wenn die Parteienherrschaft für die neuen Herausforderungen ungeeignet ist, gibt es eine qualitative Weiterentwicklung der Demokratie nur mit einem ‚Heraustreten‘ aus den alten Formen und Strukturen. Dieses Heraustreten kann hoffentlich friedlich geschehen – aber es muss geschehen.

Die Menschen, die in dieses traditionelle Weltbild hineingeboren wurden, hatten keine Probleme, sich in ihm zu orientieren. Ihr Stand war durch Geburt geklärt und Adel und Kirche beherrschten diese Welt nicht nur wirtschaftlich, sondern

auch ideologisch. Mit einer neuen politischen Ordnung traten neue Herausforderungen in das soziale Leben. Der fest gefügte Rahmen der göttlichen Ordnung wurde gesprengt und damit entstanden neue Begründungslasten zur Legitimierung einer neuen Ordnung, um überhaupt die Suche danach zu ermöglichen. Auch dieser Punkt muss aufgerufen werden, wenn heute über Reformen gesprochen wird. Es geht um die Position des Volkes als Subjekt der Demokratie. Also geht es um die Frage der Souveränität des Volkes über die Verfassung.

Für Adel und Kirche waren die Neuerungen verheerend. Die kopernikanische Wende fand nicht nur am Sternenhimmel statt. Vielmehr ersetzte sie eine vorgeprägte Ordnung durch einen neuen Blick auf die Welt und den Kosmos und sie zerstörte die überkommene Ordnung des christianisierten Weltbegriffs. Es war gewiss nicht so, dass die damaligen Kirchenfürsten nicht klug genug gewesen wären, die Richtigkeit der neuen Sicht zu erkennen. Aber mehr noch erkannten sie, dass diese neue Sicht, die kopernikanische Wende, das Aus für den Kirchenstaat bedeuten würde. Sie mussten also befürchten, aus ihrer hervorgehobenen Machtposition verdrängt zu werden und so handelten sie.

Dies erlaubt durchaus einen Blick auf die Gegenwart. Auch heute ist es gewiss nicht so, dass die Träger der Macht die Dimension der Veränderung nicht erkennen würden. Aber sie müssen eben befürchten, dass die allgemeine Akzeptanz dieser Veränderungen auch das Ende einer bestimmten Herrschaftsform, der Parteienherrschaft nämlich, bedeuten würde. An dieser Form der politischen Herrschaft hängen aber bestimmte Institutionen, z.B. das Privateigentum an riesigen Finanzvermögen. In dieser Logik ist die derzeitige Verbindung der Oligarchien aus Finanzen und Politik nicht zufällig, sondern folgerichtig. Deshalb bemühen sich Parteien und Medien, sich und ihre Politik als alternativlos hinzustellen. Es ist ein vergleichbarer Machtkampf, der nur auf einer anderen Ebene und mit anderen Mitteln stattfindet.

Das Bürgertum wollte einen Staat, der seinen wirtschaftlichen Interessen entsprach und der ihm Freiheit und Gerechtigkeit im wirtschaftlichen wie im gesellschaftlichen Leben garantieren sollte. Damit wollte man einen Staat, der sowohl aus dem Regiment der Kirche als auch aus dem Regiment des Adels entlassen werden sollte. Er sollte vielmehr das Bürgertum anerkennen, ihm wirtschaftliche Freiheit sichern und eine politische Rolle des Bürgertums vorsehen.

Hinzu kam, dass die neuen Produktions- und Handelsformen auch die Notwendigkeit geeigneter Verfahren schufen. Weder die Finanzierung der Manufakturen und Fabriken, noch der Handel konnte reibungslos nach alten Regeln ablaufen. Auch die Produktion setzte voraus, dass es eine neue Schicht abhängiger Lohnarbeiter gab. Die Regeln, nach denen Produktion und Handel betrieben wurden, durften weder willkürlich in der Verfügungsgewalt der Feudalherren stehen noch auf Gewalt beruhen, weil unter beiden Bedingungen eine Industrieproduktion letztlich nicht funktionieren kann. Deshalb gab es einen großen Anpassungsdruck

zur Veränderung politischer Formen und Strukturen. Auch dies ist eine Entwicklung, die derzeit gleichermaßen zu beobachten ist.

Mit den Veränderungen im Gemeinwesen aber stellte sich eine schwierige Frage, nämlich die nach dem gemeinsamen Gründungsakt, bzw. nach dem gemeinsamen Ausgangspunkt. Solange der Staat als Gottesstaat definiert war, war er vorgeordnet. Aber nun bedurfte es einer Ordnungsidee für das Zusammenspiel von Bürgertum und Staat. Diese (und viele weitere Ideen) lieferte die Aufklärung. Die Aufklärung konnte dazu auf Beispiele zurückgreifen, die mit dem Modell der Demokratie bereits in der Antike entwickelt worden waren. Die Republik und mit ihr die Demokratie waren das Modell der Bürgerherrschaft.

Marxisten haben im Zusammenhang mit der Konstruktion einer neuen Ordnung die damit befassten Philosophen oft ‚Idealisten‘ genannt. Dies hat den Irrtum erzeugt, mit den Grundlagen für Republik und Demokratie würden idealisierte Menschen unterstellt. Aber das ist falsch. Der Mensch wurde in der Aufklärung durchaus nicht idealisiert, sondern es wurde ein Gedankenmodell entwickelt, das den Menschen so nahm, wie er nun einmal ist. Dabei arbeitete die Aufklärung sehr präzise den Widerspruch heraus, der zwischen Freiheit und Zwang besteht. Sie setzten einen Menschen als individuelles Wesen voraus, das nach seinen Vorteilen strebt – seine individuelle Willkür auslebt. Es war klar, dass eine Befreiung des Menschen von den bisher bestehenden Zwängen der göttlichen Ordnung, Chaos bedeuten würde. Also bedurfte es einer Person oder Einrichtung, die das Maß definiert, das jedem Menschen das höchste Maß an Freiheit garantiert, aber gleichzeitig durch Zwang sichert, dass die Freiheit Einzelner nicht auf Kosten anderer ausgelebt wird.³

Das bedeutet also, dass das nach Freiheit strebende Bürgertum anerkennen muss, dass die eigene Freiheit die Begrenzung dieser Freiheit notfalls durch Zwang voraussetzt. Dieser Zwang wiederum darf nicht bei einer Person (König oder Feudalherr) angesiedelt sein, sondern bei einer ‚neutralen‘⁴ Instanz. Daraus entstanden die Notwendigkeit des Staates und die Begründung der Bindung des Staates an das Gemeinwohl. Aber es wurde auch gesetzt, dass die freien Individuen sich nur dann zusammenschließen, um Teile ihrer Freiheit abzugeben, wenn sie sich über den Weg eines Gesellschaftsvertrages das Recht und die Souveränität vorbehalten, souverän über die Grundlagen des Vertrages zwischen Individuen und Staat zu entscheiden. Beide Gründe sind heute wie damals die essentiellen Voraussetzungen einer rechtsstaatlichen Demokratie.

3 Zum Zusammenhang von Freiheit und Zwang finden sich viele Ausführungen bei Kant und seinen Interpreten.

4 Diese Erkenntnis aus der Aufklärung ist von überragender Bedeutung. Sie bedeutet z.B., dass die Parteilnahme des Parteienstaates für die Interessen von Banken kein kleiner Schönheitsfehler ist, sondern eine fundamentale Verletzung staatlicher Rechtsstaatlichkeit.

Mit der Aufklärung wurde die mittelalterliche Ordnung durchbrochen. Die politische Herrschaft konnte sich nicht mehr aus höheren Rechten und Glaubenssätzen ableiten, sondern es entstand ein Recht objektiver Ordnungen und Institutionen. Dieses Recht konstituierte sich durch autonome Entscheidungen zwischen Freien und Gleichen. Damit wurde der vorher herrschende Autoritätsglaube ersetzt. Die Einigung der Freien und Gleichen kommt aus einer Einschätzung des Menschen zustande, die ihn nimmt, wie er ist. Den Denkern der Aufklärung war klar, dass die uneingeschränkte Selbstverwirklichung (wie wir heute sagen würden) individueller Ziele und Neigungen zur Einschränkung anderer Individuen führen würde. Also musste es eine Begrenzung der individuellen Freiheit geben, die notfalls mit der Gewalt des (neutralen) Staates durchgesetzt werden konnte.

Deshalb bestand die Frage, wie es zu einem Gleichgewicht kommen könnte, in dem die Freiheit aller Individuen maximal sein kann. Diese Grenzen können nicht durch Rückgriff auf höheres Recht entstehen, sondern durch die Einigung der Freien und Gleichen auf einen Gesellschaftsvertrag. In diesem Kontraktualismus sind die Freien und Gleichen (sie sind das Volk) der Souverän und somit Vertragspartner.

Auf der Basis des Kontraktes unter Freien und Gleichen wird die Ordnung des Staates geregelt und werden die Bedingungen der Herrschaft im Staat und somit auch die Bedingungen geklärt, unter denen sich Bürgerinnen und Bürger beherrschen lassen wollen. Aber nie wird die Voraussetzung des Staates aufgehoben, die in der Souveränität des Volkes besteht. Diese Souveränität erstreckt sich auf die Konstruktion und den Abschluss der Verfassung, ihre Interpretation und jede Veränderung. Die Verfassung ist gleichsam Ausdruck des – wenn auch imaginären – Gesellschaftsvertrages, der zwischen Volk und Regierung geschlossen wird.

Die Frage der Souveränität hat einen hohen Stellenwert und sie ist ein Indikator der rechtlichen Qualität eines Systems, denn alle autoritären, diktatorischen Systeme haben diese Souveränität bisher aufgehoben. Das Ende der Weimarer Republik wurde mit höherem Recht begründet. Ebenso die Verbrechen des Nationalsozialismus und das Unrecht in der DDR. So zeichnete sich die Weimarer Republik durch einen gravierenden Mangel an systemimmanenter demokratischer Kontrolle aus, weil das Verfassungsrecht durch die Staatsapparate beliebig interpretiert und verändert werden konnte. Erst dies hat den Nationalsozialisten den Weg in das Ermächtigungsgesetz wenn nicht eröffnet, so doch sehr leicht gemacht. Der Rückgriff auf „höheres Recht“ zeichnete insofern totalitäre Regimes aus, für die der Nationalsozialismus wie auch der Sozialismus der DDR beispielhaft stehen.

Vor allem im Verfahren um Euro und Rettungsschirme sind auch in der Bundesrepublik Tendenzen deutlich, die Verfassung mit Hinweis auf alternativlose Ziele wie Wohlstand, Europas Einigung, Wert des Euros an sich - letztlich also mit technokratischen Handlungszwängen - aufzuheben, zu ändern, neu und will-

kürlich zu interpretieren. Dabei muss gesehen werden, dass auch diese nicht hinterfragbaren Existenzbehauptungen letztlich bedeuten, dass die Politik ihre Handlungen unabhängig von der Verfassung aus höherem Recht legitimiert.

Inzwischen sind es nicht nur Debatten, sondern immer neue Aktionen in Richtung Euro, Rettungsschirme und Europa, die in der Bundesrepublik darauf hinauslaufen, die Verfassung im Hinblick auf technokratische Handlungszwänge zu relativieren, also durch höheres Recht auszuhebeln. Dieser Trend war im Grunde schon mit der ursprünglichen Fassung des Grundgesetzes angelegt und er wurde mit der ersten großen Koalition verstärkt, als mit der Aufhebung der Verschuldungsgrenze in den sechziger Jahren erste interpretationsbedürftige und somit willkürliche Begriffe in die Verfassung Eingang fanden. Deshalb ist für die Entwicklung eines Reformkonzeptes die Frage der Volkssouveränität und damit der Hoheit über die Verfassung grundlegend. Sie ist die Basis für eine systemimmanente demokratische Kontrolle einer jeden Demokratie. Hier sollte bei allen Reformen auf die Grundgedanken zurückgegriffen werden, die in der Aufklärung unumstritten waren.

In der Zeit der Aufklärung entstanden Konzepte einer Staatsform, die „Republik“ genannt wurde, weil der Begriff der „Demokratie“ mit der antiken Demokratie besetzt war. Davon wollte man sich unterscheiden, weil inzwischen die Bedeutung der Gewaltenteilung erkannt worden war, die in der antiken Form der Demokratie noch keine Rolle gespielt hatte und vor allem, weil der Begriff damals mit einer Sklavengesellschaft verbunden war. Mit ihrem Modell der Republik war die Frage nach dem Ausgangspunkt des Staates und nach seiner primären Funktion beantwortet. Als Lösungsformel zwischen Freiheit und Zwang, zwischen Herrschaft und ‚Beherrschtsein‘ entstand das Modell der Demokratie. Sie war die angemessene Form der Organisation politischer Macht für die neue Industriegesellschaft. In ihrem Rahmen konnten sich die Produktivkräfte individueller Wirtschaftsformen entfalten und sie führten zu einem ungeheuren materiellen Wohlstand in den industrialisierten Ländern der westlichen Welt.

Phasen der Veränderung sind verbunden mit einer Verschiebung von Reichtum und politischer Macht. Das Konzept der Demokratie war insofern auch gleichzeitig eine Kampfansage der Bürger - also der neuen wirtschaftlichen Macht - an den Adel und den Klerus. Die Forderung nach angemessener politischer Berücksichtigung ergab sich daraus folgerichtig. Im Gottesstaat des Mittelalters war die Macht der feudalen Schichten legitimiert durch die göttliche Ordnung. In der neuen Demokratie war Gleichheit als Prämisse gesetzt. Damit wurde gleichzeitig der alten Elite die Legitimation entzogen und es wurde ihr der Führungsanspruch streitig gemacht.

Damals wie heute gab es mit der wirtschaftlichen Umgestaltung erhebliche soziale und kulturelle Umbrüche. Die Industrialisierung löste einen großen Arbeitskräftebedarf aus. Die Menschen wanderten aus den Dörfern ab, um in den neuen

wirtschaftlichen Zentren zu arbeiten. Dies führte zur Auflösung traditioneller Dorfgemeinschaften und zur Ablösung traditioneller Sozialisationsformen. Dies entzog den alten politischen Führungen die materielle Basis. Die neuen Städte waren außerhalb der Reichweite der feudalen Herren und mit dem Verlassen der Dörfer sank der Einfluss des Klerus. Zudem verlor die Agrarwirtschaft im Vergleich zur Industrie immer mehr an Bedeutung.

Mit diesem Strukturwandel wurden die traditionellen Organisationsformen nicht nur überholt oder unmodern, sondern sie wurden in wachsendem Maße auch dysfunktional. Feudale Willkür behinderte den wirtschaftlichen Fortschritt und feudale Grenzen passten nicht mehr in eine Welt, die wirtschaftlich zusammenwachsen wollte. Für die neuen Wirtschaftskräfte waren die Verhältnisse zu eng geworden. Die alten Machteliten verloren ihre wirtschaftliche und politische Dominanz. Dies führte in wachsendem Maße zu gesellschaftlichen Spannungen. Auch hier drängen sich Vergleiche auf. Die fest gefügten Welten zentralistischer Planungs- und Steuerungsbükratien entsprechen nicht mehr den Anforderungen einer Welt, die von Differenzierung und Komplexität gekennzeichnet ist.

Da die traditionellen Welten fest gefügt waren, gab es keine fließenden Anpassungen. Das bedeutet, wachsende Konflikte mussten sich in Gewalt entladen. Genau das geschah mit den Freiheitskriegen in den USA und mit der Revolution in Frankreich. In anderen Ländern kam es zwar nicht zu ähnlich heftigen Entladungen, aber überall in Europa wurden die Konflikte zwischen Alt und Neu, zwischen Tradition und Fortschritt ideologisch und teilweise auch militärisch oder revolutionär ausgetragen.

Auch hier lohnt der Vergleich mit der Gegenwart. Die Demokratie hatte mit ihrer Entstehung ein wesentliches Versprechen abgegeben. Neben der Volkssouveränität, die Gleichheit und Freiheit einschloss, war dies vor allem die Lernfähigkeit und damit auch die Veränderungsfähigkeit. Durch das Zusammenspiel von Wahl, Konkurrenz und Austausch von Parteien und Regierungsmannschaften, sollten sich Veränderungen in angemessener Form auch in der Politik spiegeln und entsprechende Auswirkungen durch Lernen und Reformen hervorrufen. Aber genau das geschieht derzeit nicht.

Wie noch zu zeigen sein wird, geraten auch heute die Organisationsformen der Politik durch ihre zentralistische und bürokratische Struktur in Widerspruch zu einer sich tief greifend umgestaltenden Wirtschaft. Die politischen Eliten des Mittelalters leiteten ihre Stellung aus der göttlichen Ordnung – also einem höheren Recht – ab. Deshalb blieben Adel, Kirche und Monarchen auch Verfechter der traditionellen Form zur Organisation politischer Macht. Zwischen der Ableitung der Macht aus der göttlichen Ordnung und der bürgerlichen Macht, die sich aus demokratischen Verfahren ergab, konnte es keine Gemeinsamkeiten geben. Wie Robespierre in der Nationalversammlung richtig ausrief, hat entweder der König die legitime Herrschergewalt oder die Nationalversammlung. Wer an die göttliche

Demokratie in einer globalen Welt
Überwindung der Denk- und Handlungskrise unserer
Parteien

Kruse, H.

2015, VI, 267 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-06695-6